Pressemitteilung

Pressestelle der deutschen Ärzteschaft

Herbert-Lewin-Platz 1
10623 Berlin

Vorwürfe gegen Ärzte: Graalmann greift in gesundheitspolitische Mottenkiste

Berlin, 02.09.2011 – Zu den Vorwürfen der AOK, Ärzte würden zu wenig arbeiten, erklärt der Präsident der Bundesärztekammer, Dr. Frank Ulrich Montgomery:

„Mit seiner billigen Polemik, Ärzte würden zu wenig arbeiten, hat sich der künftige AOK-Verbandschef Jürgen Graalmann endgültig von der ernsthaften Politik verabschiedet. Er wird einiges unternehmen müssen, um wieder als ernsthafter Gesprächspartner akzeptiert zu werden. Zudem hat Graalmann mit seinen Vorwürfen den Versicherten und Patienten in Deutschland einen Bärendienst erwiesen. Wenn Patienten lange auf Termine warten müssen, dann liegt das daran, dass die Ärzte mit ihrer Arbeit voll ausgelastet sind. Das gilt nicht nur für Landärzte, für die es selbstverständlich ist, auch in ihrer Freizeit für ihre Patienten da zu sein. Auch in den angeblich überversorgten Ballungsräumen behandeln Ärzte nicht nur Patienten aus dem eigenen Stadtgebiet, sie übernehmen zu einem Großteil auch die Versorgung der Menschen aus dem Umland. Ärztemangel, eine völlig veraltete Bedarfsplanung und die steigende Morbidität in der Bevölkerung sind die Gründe für volle Wartezimmer und nicht etwa zu geringe Arbeitszeiten der Ärzte. Die Arbeit der Ärzte erschöpft sich auch nicht nur in ihren Sprechzeiten, hinzu kommen Hausbesuche außerhalb der Sprechzeiten, Bereitschaftsdienste und die viele Zeit für Bürokratie.

Die Politik hat das Problem längst erkannt und versucht mit dem Versorgungsstrukturgesetz gegenzusteuern. Wer aber Ärzte mit Uraltvorwürfen aus der gesundheitspolitischen Mottenkiste diffamiert, der muss sich nicht wundern, wenn immer weniger

Ansprechpartner:
Alexander Dückers
Samir Rabbata
Tel. (030) 40 04 56-700
Fax (030) 40 04 56-707
www.bundesaerztekammer.de
presse@baek.de

junge Mediziner bereit sind, in Deutschland als Arzt arbeiten zu wollen. Das mag Herrn Graalmann nicht weiter interessieren, die Zeche dafür zahlen aber die Versicherten und Patienten."